

Ein Standpunkt von Ständerat Benjamin Mühleemann, Präsident ospita – Die Schweizer Gesundheitsunternehmen

# Zeit für Kostenwahrheit im Spitalwesen

Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr. Auch im kommenden Jahr wird die Bevölkerung wieder zusätzlich belastet. In der öffentlichen Diskussion dreht sich alles um die steigenden Prämien – doch ein wesentlicher Aspekt bleibt oft unerwähnt: Die massiven, aus Steuergeldern finanzierten Zuschüsse, mit denen die Kantone und teilweise die Gemeinden ihre eigenen Spitäler zusätzlich stützen. Es handelt sich dabei um Milliardenbeträge – gut versteckt in der Staatsbuchhaltung –, welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ergänzend zu den Prämien erhöhungen stemmen müssen.

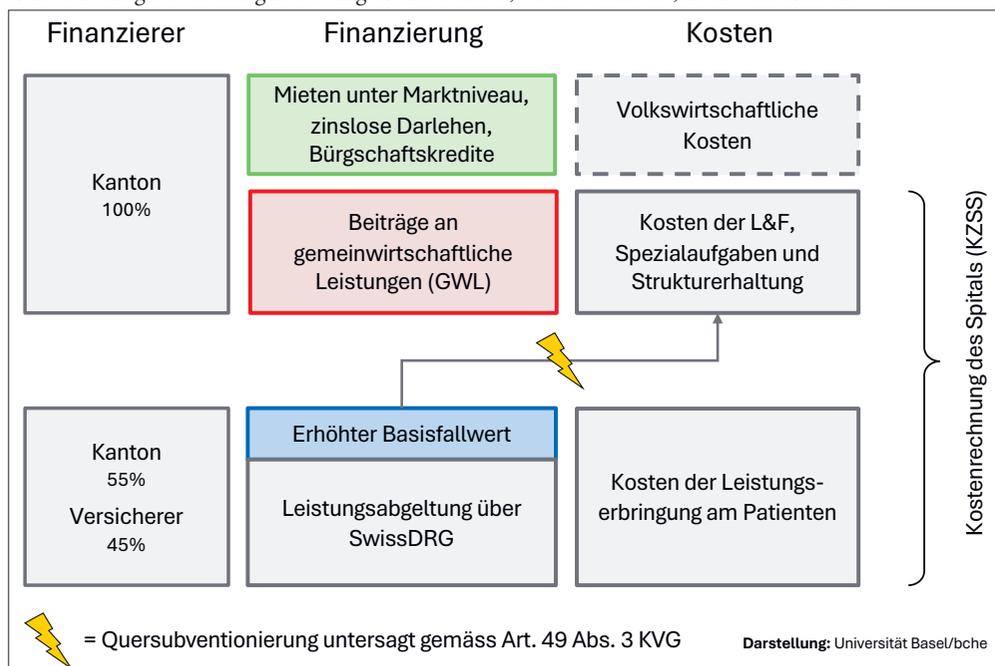
Allein im Jahr 2023 hat die öffentliche Hand über 3 Milliarden Franken in Form von offenen und verdeckten Subventionen an ihre Spitäler überwiesen – zusätzlich zur regulären Spitalfinanzierung. Damit werden in einigen Fällen Strukturen erhalten, die nicht aufgrund ihrer Qualität oder Wirtschaftlichkeit, sondern aus (regional-)politischen Gründen weiterbestehen. Pro Einwohnerin und Einwohner entspricht das einer «13. Krankenkassenprämie» von rund 350 Franken. Diese Zusatzfinanzierung erfolgt über gemeinwirtschaftliche Leistungen, überhöhte Basispreise und andere geldwerte Vorteile. Rund 95 Prozent dieser Mittel fließen an öffentliche Spitäler.

## Subventionswachstum auf den Schultern der Steuerzahlenden

Eine Studie der Universität Basel unter Leitung von Prof. Dr. Stefan Felder dokumentiert diese Schieflage jährlich im sogenannten Diskriminierungsmonitor. Die jüngste Auswertung zeigt: Zwischen 2022 und 2023 – die aktuellsten verfügbaren Zahlen – nahmen diese Subventionen nochmals um fast 15 Prozent zu und lagen damit sogar höher als während der Pandemie. Mit anderen Worten: Die Subventionierung der öffentlichen Spitäler wächst seit Jahren systematisch – und das auf Kosten der Steuerzahlenden.

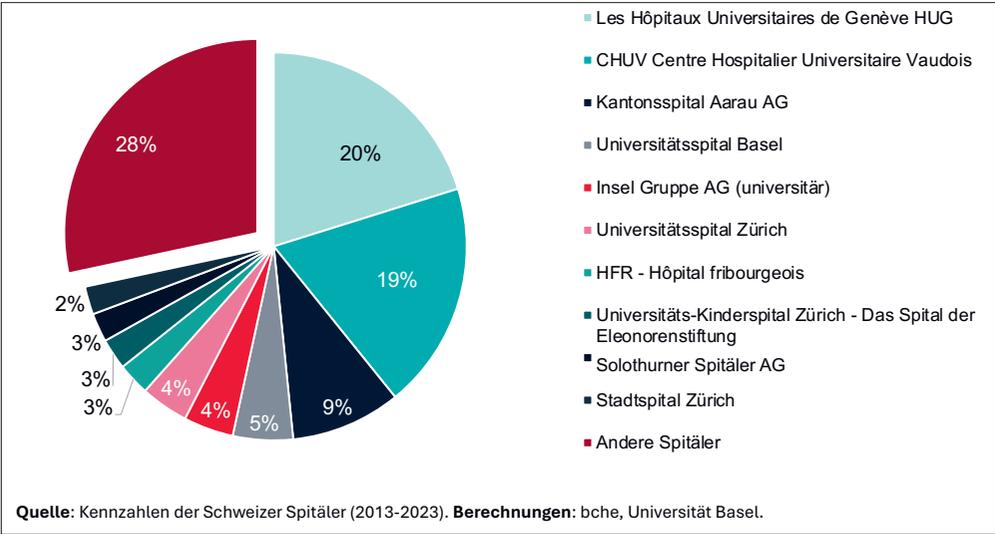
Gleichzeitig beweisen die im Verband ospita zusammengeschlossenen Spitäler und Kliniken, dass es auch anders geht. Unsere Mitglieder beschäftigen rund 39000 Mitarbeitende – das sind 21 Prozent aller Spitalangestellten in der Schweiz – und erbringen 26 Prozent aller stationären Pflegetage (akutsomatisch sowie in der Psychiatrie und der Rehabilitation). Sie betreiben fast ein Drittel der Operationssäle und rund ein Viertel der Notfallstationen des Landes. Das Monitoring des Preisüberwachers bestätigt es jährlich: Die Tarife der ospita-Spitäler liegen im unteren bis mittleren Bereich. Sie leisten einen umfassenden Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung und arbeiten gleichzeitig wirtschaftlich in hoher Qualität.

Gesetzeswidrig verteilt: Es gibt zulässige Subventionen, aber auch solche, die das KVG verbietet.



## Die Intransparenz ist stossend

Das Problem ist nicht, dass es Subventionen gibt. In einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem sind gewisse gemeinwirtschaftliche Leistungen legitim und aufgrund der kantonalen Verantwortung für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung oft auch gesetzlich vorgesehen. Das Problem sind die Intransparenz und die ungleichen Spiesse gegenüber den unternehmerisch arbeitenden Wettbewerbern. Heute ist es für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar, in welchem Umfang Steuergelder eingesetzt werden und welche Leistungen tatsächlich damit abgegolten sind. Statt Wettbewerb und Effizienz werden so Doppelrollen und Abhängigkeiten gelebt: Die Kantone sind gleichzeitig Eigentümer, Betreiber, Aufsichts- und Bewilligungsbehörden sowie Tarifgenehmiger. Diese Verflechtung ist intransparent, fördert Ineffizienz und verzerrt



Mit grosser Kelle angerichtet: Für diese Spitäler geht die öffentliche Hand den Steuerzahlenden am meisten ans Portemonnaie.

den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Anbietern.

**Alle GWL: offen ausweisen, konsequent ausschreiben und Kantonsrollen entflechten**

Deshalb fordert ospita: Erstens müssen alle Subventionen und geldwerten Vorteile für Spitäler jährlich offen ausgewiesen werden. Zweitens sind gemeinwirtschaftliche Leistungen konsequent auszuschreiben, damit sie transparent

und wirtschaftlich zugeteilt werden. Drittens ist die Mehrfachrolle der Kantone zu entflechten.

Am Ende geht es nicht um einen ideologischen Graben zwischen öffentlichen und privaten Spitätern. Es geht um Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit in der Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Solange ineffiziente Strukturen aus politischen Motiven künstlich am Leben gehalten werden, zahlen wir alle doppelt: mit steigenden Prämien und mit zusätzlichen Steuern. Die Bevölkerung hat Anspruch auf Klarheit



ospita-Präsident Ständerat Benjamin Mühlemann sagt deutlich: «Bund und Kantone müssen unbedingt für Transparenz sorgen. Die milliarden-schwere Quersubventionierung aus Steuergeldern bestraft jene Spitäler, die wirtschaftlich arbeiten. Das verzerrt den Wettbewerb. Gemeinwirtschaftliche Leistungen gehören systematisch ausgeschrieben und die Mehrfachrolle der Kantone – als Eigner, Betreiber, Aufsichts- und Bewilligungsbehörde – ist zu entflechten.»

darüber, wohin welche Beiträge fliessen und wer was warum finanziert.

Die Prämienlast wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Umso dringlicher ist es, dass wir endlich Transparenz schaffen. Kostenwahrheit im Spitalwesen ist keine technische Detailfrage – sie ist ein Gebot der Fairness gegenüber allen Versicherten und Steuerzahlenden.

Riesenswachstum: Während der letzten zehn Jahre stiegen die Subventionen um 72 %, die GWL sogar um 85 %.

